

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

ein städtischer Haushalt ist mehr als eine Sammlung von Zahlen. Er zeigt, wohin sich eine Stadt entwickeln will, welche Prioritäten sie setzt – und auch, welche Risiken sie eingeht.

Genau deshalb nehmen wir die Haushaltsberatung sehr ernst.

Und genau deshalb lehnen wir den vorliegenden Haushaltsentwurf 2026 auch ab.

Ich möchte gleich vorweg sagen: Wir lehnen diesen Haushalt nicht aus Prinzip ab. Wir sehen durchaus positive Ansätze, wir erkennen die Arbeit der Verwaltung an, und wir wissen, dass kommunale Haushaltsplanung heute kein leichtes Geschäft ist.

Aber unsere Aufgabe als Stadtrat ist es nicht, Haushalte bequem durchzuwinken – sondern Verantwortung für die Zukunft dieser Stadt zu übernehmen. Und aus unserer Sicht enthält dieser Haushalt zu viele Risiken und zu wenig echte Zukunftsimpulse.

Der zentrale Punkt unserer Kritik liegt in der mittelfristigen Finanzplanung – insbesondere im Jahr 2029.

Dort zeigt der Haushaltsentwurf eine Entwicklung, die man nicht einfach übersehen darf. Für dieses Jahr 2029 wird ein massiver Einbruch im Verwaltungshaushalt erwartet, unter anderem durch eine eingeplante Gewerbesteuerzurückzahlung.

Gleichzeitig schrumpfen die Rücklagen bis dahin nahezu auf die gesetzliche Mindestrücklage zusammen. Das bedeutet faktisch: Kaum noch finanzieller Spielraum, kaum Reserven für Krisen, kaum Flexibilität für neue Projekte.

Und genau in dieser Situation stehen gleichzeitig große Investitionen im Raum, die voraussichtlich über Kreditaufnahmen finanziert werden müssen.

Das mag rechnerisch darstellbar sein – politisch verantwortbar ist es aus unserer Sicht nur dann, wenn zuvor klare Prioritäten gesetzt und Risiken aktiv reduziert werden. Auch müsste man sich den Haushalt einmal unter der Vorgabe vor Augen führen, welche Projekte man überhaupt noch braucht und welche man unter Umständen streichen könnte.

Genau dieses Vorgehen sehen wir im vorliegenden Haushaltsentwurf bislang nicht ausreichend umgesetzt.

Hinzu kommt ein strukturelles Risiko bei den Einnahmen. Unsere Stadt profitiert stark von der Gewerbesteuer, aber diese Einnahmen sind naturgemäß volatil.

Wenn wenige große Zahler einen erheblichen Anteil tragen, entsteht automatisch eine gewisse Abhängigkeit. Das ist keine Kritik an einzelnen Unternehmen – im Gegenteil, wir sind froh über jeden starken Betrieb in unserer Stadt.

Aber es ist ein Risiko für die Haushaltsstabilität, das man politisch ernst nehmen muss.

Ein weiterer Punkt, den wir kritisch sehen, betrifft die laufenden Belastungen aus Beteiligungen und Einrichtungen der Stadt. Ich nenne hier beispielhaft die Zuschüsse an die Stadtwerke beziehungsweise das Triamare.

Im Zeitraum von 2026 bis 2029 verzeichnet der Vermögenshaushalt eine Kapitalzuführung für das Triamare an die Stadtwerke in Höhe von 9,251 Millionen Euro! Und da geht es in der Regel nicht um nachhaltige Investitionsmaßnahmen (2025: 211.000 €), sondern um Verlustausgleich.

Wir müssen offen sagen: Wenn es sich wirtschaftlich um dauerhafte Verlustausgleiche handelt, dann müssen diese künftig noch transparenter als strukturelle Belastung betrachtet werden. Dann braucht es klare politische Zielvorgaben, wie diese Defizite perspektivisch reduziert werden können - unabhängig von der Neuplanung des Bades in den kommenden 10 Jahren.

Aber auch das Ausmaß der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes und die Notwendigkeit des Neubaus des Kindergarten St. Martin, die man aufgrund des Kindergartenangebotes in Bad Neustadt durchaus hinterfragen kann, sollten neu analysiert werden.

Was uns zusätzlich fehlt, sind gezielte Impulse für die Zukunft unserer Stadt.

Genau aus diesem Grund haben wir als Neuschter Liste unser Maßnahmenprogramm „5 × 100.000 Euro“ vorgeschlagen. Das waren keine Luxusprojekte, keine Prestigeideen, sondern bewusst überschaubare, finanzierbare Impulse mit langfristigem Nutzen.

Wir wollten eine eigene Stelle für Fördermittelakquise schaffen. Warum? Weil Fördergelder heute oft darüber entscheiden, ob Projekte überhaupt realisiert werden können.

Wer Fördermittel strategisch einwirbt, stärkt Infrastruktur, Wirtschaft und Innovation – ohne den städtischen Haushalt allein zu belasten. Dass dieser Vorschlag nicht aufgenommen wurde, halten wir für eine verpasste Chance, vor allem weil es auch am Montag bei unserer Info-Veranstaltung von unserer unabhängigen Referentin durchaus als sinnvoll erachtet wurde und hier für jeden eingesetzten Euro sicherlich zwei, drei oder vier Euro zurückgeflossen wären.

Wir wollten Mittel für die Belebung unserer Innenstadt bereitstellen. Konzepte liegen längst vor, aber ohne konkrete finanzielle Impulse bleibt vieles Theorie. Unsere Innenstadt braucht sichtbare Signale – für Handel, Gastronomie, Kultur und Aufenthaltsqualität. Und zwar jetzt, wo der Sommer 2026 vor der Tür steht.

Wir wollten Schulen, Vereine und Jugendangebote gezielt stärken – gerade internationale Begegnungen und demokratische Bildungsprojekte. In einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher Spannungen sind solche Investitionen keine Nebensache, sondern Zukunftssicherung.

Wir wollten unsere Geschichtskultur stärker fördern – nicht nur bewahren, sondern aktiv vermitteln. Identität entsteht nicht von allein. Sie braucht Orte, Projekte und Engagement. Auch jenseits der Bubble, die derzeit die Richtung der Geschichtskultur in Bad Neustadt vorgibt.

Und schließlich wollten wir den Fronhof niederschwellig öffnen und beleben. Leerstehende Gebäude sind verlorene Chancen. Kultur, Begegnung und kreative

Nutzung können Stadtentwicklung anstoßen – das zeigen viele Beispiele anderswo.

All diese Vorschläge wurden letztlich nicht in der Form berücksichtigt, die wir für sinnvoll gehalten hätten.

Natürlich wurde argumentiert, vieles sei bereits indirekt enthalten oder grundsätzlich möglich. Aber zwischen „grundsätzlich möglich“ und „politisch gewollt und finanziell hinterlegt“ besteht ein maßgeblicher Unterschied.

Genau hier liegt ein weiterer Kern unserer Kritik: Der Haushalt wirkt in weiten Teilen wie eine Verwaltung des Bestehenden – weniger wie eine aktive Gestaltung der Zukunft.

Wir glauben aber, dass Bad Neustadt mehr Potenzial hat: wirtschaftlich, kulturell, gesellschaftlich. Dieses Potenzial muss man gezielt entwickeln.

Und noch ein Punkt ist uns wichtig: Wenn absehbar ist, dass ab 2027, spätestens ab 2028, finanzielle Spielräume enger werden, dann sollte man gerade jetzt gezielt investieren – in Projekte, die langfristig Stabilität schaffen. Fördermittel, Innenstadtentwicklung, Jugendförderung, Standortpolitik – das sind keine Zusatzwünsche, sondern strategische Investitionen.

Lassen Sie mich zum Schluss eines klar sagen: Unsere Ablehnung dieses Haushalts bedeutet nicht, dass wir keine Verantwortung übernehmen wollen.

Im Gegenteil. Wir wollen frühzeitig auf Risiken hinweisen, konstruktive Alternativen aufzeigen und verhindern, dass unsere Stadt in wenigen Jahren vor finanziellen Zwängen steht, die heute noch vermeidbar wären.

Wir stehen für eine Politik mit Augenmaß – wirtschaftlich vernünftig, gesellschaftlich verantwortungsvoll und zukunftsorientiert.

Deshalb sagen wir heute: Dieser Haushaltsentwurf enthält zu viele offene Fragen, zu wenig strategische Impulse und zu große finanzielle Risiken in der mittleren Perspektive.

Wie schon in den vergangenen Jahren fehlt auch dem Haushalt 2026 der Wille zu politischer Gestaltung.

Der Wille zur Priorisierung von Projekten.

Der Wille zum Sparen.

Wir hätten uns gewünscht, dass dieser Haushalt innerhalb des Stadtrates noch einmal diskutiert und überarbeitet wird. Das ist leider nicht der Fall.

Darum lehnen wir den Haushaltsentwurf 2026 ab.

Vielen Dank.